

C1 · Sprechen · Lösungen

Übungssatz 2

Beispielantworten zeigen eine mögliche Bearbeitung. Andere passende Antworten sind ebenfalls gültig.

Aussprache und Gesprächsverhalten müssen anhand der gesprochenen Leistung mit einem Gesprächspartner beurteilt werden.

Aufgabenerfüllung

Bewertet werden Inhalt, Umfang und die angemessene Realisierung der verlangten Sprachfunktionen. Die vier Stichpunkte sind Aufgabenanforderungen und keine eigenständigen Bewertungskriterien.

A bis E: Teil 1: 10, 7,5, 5, 2,5 oder 0 Punkte. Teil 2: 8, 6, 4, 2 oder 0 Punkte. Bei E erhält die gesamte betreffende Aufgabe 0 Punkte.

Kohärenz

Bewertet werden Aufbau und Verknüpfung von Sätzen und Satzteilen sowie die Flüssigkeit der Sprechweise.

A bis E: 10, 7,5, 5, 2,5 oder 0 Punkte.

Fragen und Antworten

Bewertet wird, ob die Antworten auf Nachfragen inhaltlich und sprachlich angemessen sind. Die Bewertung setzt hörbare Antworten auf gestellte Fragen voraus.

A bis E: 12, 9, 6, 3 oder 0 Punkte.

Interaktion

Bewertet werden Gesprächsbeginn, Aufrechterhaltung und Abschluss des Gesprächs sowie Reaktionsfähigkeit. Die Bewertung setzt eine Partnerinteraktion voraus.

A bis E: 4, 3, 2, 1 oder 0 Punkte.

Register und soziokulturelle Angemessenheit

Bewertet wird die situations- und partnergerechte mündliche Sprachverwendung.

In die qualitative Bewertung der mündlichen Leistung eingebunden; auf dem Bewertungsbogen keine separate Punktzeile.

Wortschatz

Bewertet werden Spektrum, Variation und Beherrschung des Wortschatzes sowie die Auswirkung von Fehlgriffen auf die Kommunikation.

A bis E: Teil 1: 10, 7,5, 5, 2,5 oder 0 Punkte. Teil 2: 10, 7,5, 5, 2,5 oder 0 Punkte.

Strukturen

Bewertet werden Spektrum, Variation und Beherrschung von Morphologie und Syntax. Orthografie wird nicht als Kriterium der mündlichen Leistung genannt.

A bis E: Teil 1: 10, 7,5, 5, 2,5 oder 0 Punkte. Teil 2: 10, 7,5, 5, 2,5 oder 0 Punkte.

Aussprache

Bewertet werden Satzmelodie, Wortakzent und einzelne Laute sowie die Auswirkung wahrnehmbarer Abweichungen auf die Kommunikation. Diese Bewertung erfordert Audio.

Gemeinsame Bewertung für Teil 1 und Teil 2, A bis E: 16, 12, 8, 4 oder 0 Punkte.

Teil 1 – Vortrag halten

Durchführung

Wählen Sie aus den beiden Themen ein Thema aus. Halten Sie einen kurzen, gut strukturierten Vortrag von circa 5 Minuten, gehen Sie auf alle vier Punkte ein und beantworten Sie danach Fragen.

Ein Thema auswählen; frei und gut strukturiert circa 5 Minuten sprechen; auf alle vier Punkte eingehen; anschließend Fragen beantworten.

Beispielantwort 1

Ich möchte heute der Frage nachgehen, ob Kommunen die private Wassernutzung während längerer Trockenperioden stärker begrenzen sollten. Dabei geht es nicht nur um abstrakte Umweltziele, sondern auch um die gerechte Verteilung einer lebenswichtigen Ressource.

Ein konkreter Konflikt entstand in meinem früheren Wohnviertel während eines sehr trockenen Sommers: Einige Haushalte bewässerten jeden Abend große Rasenflächen, während ein benachbarter Gemeinschaftsgarten seine Gemüsebeete nur noch eingeschränkt versorgen konnte. Besonders problematisch wurde die Situation, als gleichzeitig mehrere private Schwimmbecken neu befüllt wurden. Die Beteiligten betrachteten ihre jeweilige Nutzung als berechtigt, doch der Verbrauch diente sehr unterschiedlichen Zwecken. Dieses Beispiel zeigt, wie schnell individuelle Freiheit und gemeinschaftliche Verantwortung miteinander in Konflikt geraten können.

Ich befürworte deshalb strengere kommunale Begrenzungen, sofern sie zeitlich befristet, nachvollziehbar begründet und für alle Haushalte transparent sind. Trinkwasser sollte in einer anhaltenden Trockenperiode vorrangig für den täglichen Bedarf, die Hygiene und notwendige Versorgungsaufgaben zur Verfügung stehen. Das vollständige Befüllen eines privaten Schwimmbeckens oder die Reinigung eines Autos ist demgegenüber meist aufschiebbar. Außerdem verlieren freiwillige Appelle an Glaubwürdigkeit, wenn ein Teil der Bevölkerung spart, während andere ihren Verbrauch unverändert fortsetzen. Gegen pauschale Verbote spricht allerdings, dass nicht jede Nutzung eines Gartens bloßer Luxus ist. Wer dort Lebensmittel anbaut oder frisch gepflanzte Bäume erhalten muss, befindet sich in einer anderen Lage als jemand, der täglich einen Zierrasen bewässert.

Daher schlage ich einen mehrstufigen kommunalen Trockenheitsplan vor. In einer ersten Stufe informiert die Kommune über den aktuellen Zustand und bittet um freiwillige Einsparungen. Verschärft sich die Lage, gelten feste Bewässerungszeiten und ein Verbot besonders entbehrlicher Nutzungen. Zugleich sollte es ein einfaches Ausnahmeverfahren für begründete Fälle geben, etwa für soziale Einrichtungen, medizinisch notwendige Anwendungen oder die Erhaltung junger Bäume. Haushalte mit einem außergewöhnlich hohen Verbrauch könnten zusätzlich eine persönliche Beratung erhalten. So würde die Kommune Wasser sparen, ohne unterschiedliche Bedürfnisse über einen Kamm zu scheren.

Langfristig werden zeitweilige Einschränkungen vermutlich nicht genügen. Gebäude könnten häufiger mit Zisternen ausgestattet, Gärten mit trockenheitsverträglichen Pflanzen gestaltet und aufbereitetes Wasser dort eingesetzt werden, wo keine Trinkwasserqualität erforderlich ist. Auch die Preise könnten stärker berücksichtigen, ob ein Haushalt einen normalen Grundbedarf deckt oder weit darüber hinaus Wasser verbraucht.

Mein Ausblick lautet daher: Der Umgang mit Wasser wird in den kommenden Jahren voraussichtlich vorsichtiger, technisch vielfältiger und stärker geregelt werden. Entscheidend ist, dass Kommunen frühzeitig verlässliche Regeln entwickeln und die Bevölkerung an deren Ausgestaltung beteiligen. Dann werden notwendige Begrenzungen eher als gemeinsamer Schutz einer knappen Ressource verstanden und nicht lediglich als Eingriff in den privaten Alltag.

Prüferin/Prüfer: Sie haben ein Ausnahmeverfahren vorgeschlagen. Könnte das nicht zu viel Bürokratie verursachen und dazu führen, dass die Regeln kaum kontrollierbar sind?

Kandidatin/Kandidat: Diese Gefahr besteht tatsächlich, wenn jede Ausnahme einzeln und ohne klare Kriterien geprüft werden muss. Deshalb würde ich nur wenige, vorab festgelegte Ausnahmegruppen zulassen und ein kurzes digitales oder schriftliches Antragsverfahren vorsehen. Bei einer sozialen Einrichtung oder einer medizinisch notwendigen Nutzung sollte meist ein einfacher Nachweis genügen. Außerdem müsste nicht jeder Haushalt ständig kontrolliert werden. Die Kommune könnte zunächst beraten und nur bei wiederholten oder besonders auffälligen Verstößen eingreifen. Auf diese Weise bliebe das Verfahren handhabbar, ohne berechnete Bedürfnisse zu übergehen.

Geben Sie ein konkretes Beispiel für einen Konflikt um private Wassernutzung in einer Trockenperiode.: Ein konkreter Konflikt entstand in meinem früheren Wohnviertel während eines sehr trockenen Sommers: Einige Haushalte bewässerten jeden Abend große Rasenflächen, während ein benachbarter Gemeinschaftsgarten seine Gemüsebeete nur noch eingeschränkt versorgen konnte.

Argumentieren Sie für oder gegen strengere kommunale Begrenzungen.: Ich befürworte deshalb strengere kommunale Begrenzungen, sofern sie zeitlich befristet, nachvollziehbar begründet und für alle Haushalte transparent sind.

Schlagen Sie eine Maßnahme vor, mit der die Kommune Wasser sparen und zugleich besondere Bedürfnisse berücksichtigen könnte.: Daher schlage ich einen mehrstufigen kommunalen Trockenheitsplan vor. In einer ersten Stufe informiert die Kommune über den aktuellen Zustand und bittet um freiwillige Einsparungen. Verschärft sich die Lage, gelten feste Bewässerungszeiten und ein Verbot besonders entbehrlicher Nutzungen. Zugleich sollte es ein einfaches Ausnahmeverfahren für begründete Fälle geben, etwa für soziale Einrichtungen, medizinisch notwendige Anwendungen oder die Erhaltung junger Bäume.

Schließen Sie mit einem Ausblick darauf, wie sich der Umgang mit Wasser in den kommenden Jahren entwickeln könnte.: Mein Ausblick lautet daher: Der Umgang mit Wasser wird in den kommenden Jahren voraussichtlich vorsichtiger, technisch vielfältiger und stärker geregelt werden.

Aufgabenerfüllung: The response addresses all four required functions fully and develops a clear position with qualifications.

Kohärenz: The talk has a clear introduction, logically ordered main sections, effective transitions, and a concise conclusion. Fluency and timing cannot be established from the transcript.

Fragen und Antworten: The candidate responds directly and substantively to a critical follow-up question, acknowledges the objection and develops a practical qualification. Spontaneity, timing and audible delivery cannot be established from the transcript.

Register und soziokulturelle Angemessenheit: The language is appropriately formal and audience-oriented for a seminar presentation and the subsequent exchange.

Wortschatz: The response uses a broad, precise and varied vocabulary appropriate to C1.

Strukturen: The transcript shows varied and controlled syntax, including concessions, conditions and relative clauses.

Aussprache: Pronunciation, word stress, intonation and audible fluency cannot be judged from a written transcript.

Beispielantwort 2

In meinem Vortrag beschäftige ich mich mit der Frage, ob innerstädtische Parkflächen teilweise zurückgebaut werden sollten, damit Regenwasser versickern kann. Dahinter steht ein grundsätzlicher Nutzungskonflikt: Öffentlicher Raum ist begrenzt, soll aber gleichzeitig Mobilität ermöglichen, das Stadtklima verbessern und vor den Folgen von Starkregen schützen.

Wie eine Umgestaltung aussehen könnte, lässt sich an einem gewöhnlichen Parkplatz neben einer Stadtteilbibliothek zeigen. Man könnte einen Teil des Asphalts entfernen und dort wasserdurchlässige Wege, schattenspendende Bäume und abgesenkte Pflanzbeete anlegen. Die Fläche bliebe nutzbar: An trockenen Tagen könnten zwischen den Beeten ein kleiner Wochenmarkt und Sitzgelegenheiten Platz finden; bei Regen würde das Wasser in den bepflanzten Bereichen gesammelt und könnte langsam versickern. Einige barrierefreie Stellplätze und eine Lieferzone könnten am Rand erhalten bleiben.

Ich spreche mich grundsätzlich für einen solchen Rückbau aus. Vollständig asphaltierte Flächen erfüllen zwar eine praktische Funktion, verschärfen aber mehrere Probleme zugleich: Sie heizen sich stark auf, bieten wenig Aufenthaltsqualität und leiten Regen rasch in die Kanalisation. Entsiegelte Flächen können dagegen verschiedene Aufgaben miteinander verbinden. Allerdings wäre es falsch, sämtliche Parkplätze ohne Prüfung des örtlichen Bedarfs zu beseitigen. Menschen mit eingeschränkter Mobilität, Handwerksbetriebe und Geschäfte sind teilweise auf kurze Wege angewiesen. Deshalb überzeugt mich nicht eine starre Quote, sondern eine sorgfältige Entscheidung für jeden Standort.

In meinem Herkunftsland wird mit versiegelten Flächen je nach Kommune sehr unterschiedlich umgegangen. In der Stadt, in der meine Familie lebt, wurden zunächst vor allem öffentliche Schulhöfe und Verwaltungsgrundstücke umgestaltet. Auf einem früher vollständig asphaltierten Hof gibt es heute durchlässige Spielflächen und Mulden, in

denen sich Regen kurzzeitig sammeln kann. Private Eigentümer erhalten Beratung, sind aber bisher kaum verpflichtet, bestehende Hofflächen zu verändern. Gleichzeitig entstehen am Stadtrand weiterhin große Parkplätze. Das Beispiel zeigt, dass einzelne Modellprojekte zwar sichtbar sind, eine einheitliche Strategie jedoch noch fehlt.

Um unterschiedliche Interessen zu berücksichtigen, schlage ich ein quartiersbezogenes Verfahren vor. Die Stadt sollte zunächst untersuchen, welche Stellplätze tatsächlich regelmäßig benötigt werden, wo alternative Parkmöglichkeiten vorhanden sind und welche Wege für Lieferverkehr oder Menschen mit Behinderung unverzichtbar bleiben. Anschließend könnten Anwohnerinnen und Anwohner, lokale Geschäfte, Verkehrsverbände und Umweltinitiativen gemeinsam zwei oder drei Varianten beraten. Eine Variante könnte weniger Stellplätze, dafür aber Kurzzeitparkplätze, sichere Fahrradabstellanlagen und eine begrünte Lieferzone vorsehen. Nach einer sechsmonatigen Erprobungsphase ließen sich Nutzung, Erreichbarkeit und Regenwasseraufnahme auswerten, bevor die Stadt endgültig entscheidet.

Zusammenfassend halte ich die Entsiegelung innerstädtischer Flächen für notwendig, aber nicht für einen Kampf gegen jede Form des Autoverkehrs. Gute Lösungen entstehen dort, wo eine Fläche mehrere Funktionen übernimmt und die Betroffenen früh beteiligt werden. Auf diese Weise kann die Stadt widerstandsfähiger gegen Hitze und starken Regen werden, ohne berechnete Mobilitätsbedürfnisse zu ignorieren.

Prüferin/Prüfer: Was sollte die Stadt tun, wenn sich während der Erprobungsphase zeigt, dass die Geschäfte tatsächlich Kundschaft verlieren?

Kandidatin/Kandidat: Zunächst müsste die Stadt prüfen, ob der Rückgang wirklich durch die Umgestaltung verursacht wurde oder ob andere Faktoren eine Rolle spielen. Bestätigt sich der Zusammenhang, sollte sie das Projekt nicht sofort aufgeben, sondern gezielt nachbessern. Denkbar wären zusätzliche Kurzzeitparkplätze am Rand des Viertels, eine besser ausgeschilderte Lieferzone oder ein kostenloser Transportdienst vom nächstgelegenen Parkhaus. Auch zeitlich begrenzte Zufahrtsmöglichkeiten könnten helfen. Nach einer weiteren Testphase sollte gemeinsam mit den Geschäften bewertet werden, ob diese Anpassungen genügen. Falls die wirtschaftlichen Nachteile trotzdem erheblich bleiben, müsste die konkrete Gestaltung verändert werden, ohne das grundsätzliche Ziel der Entsiegelung aufzugeben.

Geben Sie ein konkretes Beispiel dafür, wie eine entsiegelte Fläche genutzt werden könnte.: Man könnte einen Teil des Asphalts entfernen und dort wasserdurchlässige Wege, schattenspendende Bäume und abgesenkte Pflanzbeete anlegen. Die Fläche bliebe nutzbar: An trockenen Tagen könnten zwischen den Beeten ein kleiner Wochenmarkt und Sitzgelegenheiten Platz finden; bei Regen würde das Wasser in den bepflanzten Bereichen gesammelt und könnte langsam versickern.

Argumentieren Sie für oder gegen den Rückbau innerstädtischer Parkflächen zugunsten der Regenwasserversickerung.: Ich spreche mich grundsätzlich für einen solchen Rückbau aus. Vollständig asphaltierte Flächen erfüllen zwar eine praktische Funktion, verschärfen aber mehrere Probleme zugleich: Sie heizen sich stark auf, bieten wenig Aufenthaltsqualität und leiten Regen rasch in die Kanalisation.

Gehen Sie auf den Umgang mit versiegelten Flächen in Ihrem Heimatland oder einem anderen Land ein.: In meinem Herkunftsland wird mit versiegelten Flächen je nach Kommune sehr unterschiedlich umgegangen. In der Stadt, in der meine Familie lebt, wurden zunächst vor allem öffentliche Schulhöfe und Verwaltungsgrundstücke umgestaltet.

Schlagen Sie eine Maßnahme vor, mit der eine Stadt unterschiedliche Interessen bei der Umgestaltung berücksichtigen könnte.: Um unterschiedliche Interessen zu berücksichtigen, schlage ich ein quartiersbezogenes Verfahren vor. Die Stadt sollte zunächst untersuchen, welche Stellplätze tatsächlich regelmäßig benötigt werden, wo alternative Parkmöglichkeiten vorhanden sind und welche Wege für Lieferverkehr oder Menschen mit Behinderung unverzichtbar bleiben.

Aufgabenerfüllung: All four content points are fulfilled with concrete development, relevant reasoning and an implementable balancing measure.

Kohärenz: The presentation is consistently structured and its examples, arguments and proposal are linked logically. Audible fluency and exact duration cannot be judged from text.

Fragen und Antworten: The candidate answers a concrete follow-up question directly, examines its premise and develops proportionate responses without abandoning the original position. Spontaneity, timing and audible delivery cannot be established from the transcript.

Register und soziokulturelle Angemessenheit: The register is formal, balanced and appropriate for a seminar audience and the subsequent exchange.

Wortschatz: The vocabulary is broad and differentiated, particularly in the fields of urban planning, mobility and rainwater management.

Strukturen: The response demonstrates varied complex structures with controlled subordination and contrast.

Aussprache: Pronunciation, intonation, word stress and oral delivery cannot be assessed from the written model.

Assessment targets

Aufgabe 1 · S2.37: Give examples for the topic

Aufgabe 1 · S2.46: Propose a measure or another way to reach a goal

Aufgabe 1 · S2.39: Argue for a position with reasons or examples

Aufgabe 1 · S2.59: Close the talk with an outlook to the future

Aufgabe 2 · S2.39: Argue for a position with reasons or examples

Aufgabe 2 · S2.36: Describe the situation in your home country or another country

Aufgabe 2 · S2.46: Propose a measure or another way to reach a goal

Aufgabe 2 · S2.37: Give examples for the topic

Teil 2 – Diskussion führen

Durchführung

Diskutieren Sie gemeinsam circa 5 Minuten. Reagieren Sie auf die Äußerungen Ihrer Gesprächspartnerin oder Ihres Gesprächspartners und einigen Sie sich am Ende auf eine gemeinsame Empfehlung.

Gemeinsam circa 5 Minuten diskutieren, auf die Partneräußerungen reagieren und sich auf Argumente für das anschließende Gespräch einigen.

Beispielantwort 2

Person A: Dann lass uns zunächst klären, wie wir grundsätzlich dazu stehen. Ich halte es für problematisch, private Geräte zur normalen Voraussetzung für berufliche Aufgaben zu machen. Als freiwillige Ergänzung kann ich mir ihre Nutzung jedoch vorstellen.

Person B: Da bin ich im Wesentlichen bei dir. Ich arbeite gelegentlich lieber mit meinem eigenen Laptop, weil ich ihn gut kenne. Aber wenn die Firma erwartet, dass alle ständig ein privates Smartphone bereithalten, verlagert sie Kosten und Verantwortung auf die Beschäftigten.

Person A: Genau. Ein Vorteil ist zweifellos die Bequemlichkeit. Man muss nicht zwei Telefone mitnehmen und kann unterwegs rasch auf eine Nachricht reagieren. Das kann besonders bei Dienstreisen praktisch sein. Andererseits befinden sich dann private Fotos, persönliche Kontakte und Unternehmensdaten auf demselben Gerät. Selbst wenn eine Sicherheitssoftware installiert wird, bleibt die Frage, wer darauf zugreifen darf.

Person B: Und wer hilft, wenn etwas nicht funktioniert? Die interne IT kann kaum jedes private Betriebssystem und jedes Gerätemodell unterstützen. Außerdem dürfte es schwierig werden, bei einem Verlust festzustellen, ob betriebliche Daten ausreichend geschützt waren. Für mich spricht das dafür, sensible Aufgaben ausschließlich auf Firmengeräten zu erledigen.

Person A: Ich würde trotzdem nicht alles verbieten. Manche Beschäftigte möchten zum Beispiel ihren privaten Bildschirm oder ein vertrautes Tablet für eine Präsentation verwenden. Solange keine vertraulichen Daten lokal gespeichert werden, könnte man das erlauben. Wichtig wäre, dass niemand dadurch einen Nachteil hat, weil er kein aktuelles Gerät besitzt.

Person B: Das erinnert mich an die Situation in meinem Herkunftsland. Dort hängt die Praxis stark vom jeweiligen Arbeitgeber ab. In dem Betrieb, in dem ich früher gearbeitet habe, stellte die Firma Laptops bereit, erlaubte aber den freiwilligen Zugriff auf den Kalender über private Smartphones. Dafür musste ein getrenntes berufliches Profil installiert werden. In kleineren Unternehmen nutzten Beschäftigte dagegen häufig ihre eigenen Geräte, ohne dass Zuständigkeiten oder Datenschutzfragen eindeutig geregelt waren.

Person A: Das Modell mit dem getrennten Profil klingt vernünftig, allerdings nur, wenn die Beschäftigten genau wissen, welche Daten die Firma sehen oder löschen kann. Ich fände es inakzeptabel, wenn bei einem Sicherheitsproblem auch private Dateien aus der Ferne gelöscht würden.

Person B: Stimmt. Wir könnten der Abteilungsleitung daher ein Wahlmodell empfehlen. Für alle regulären Aufgaben stellt das Unternehmen geeignete Geräte zur Verfügung. Wer freiwillig ein privates Smartphone für E-Mails oder den Kalender einsetzen möchte, darf dies nach einer technischen Prüfung und mit einem getrennten Arbeitsbereich tun.

Person A: Damit könnte ich mich einverstanden erklären. Wir sollten noch festhalten, dass die Firma notwendige Sicherheitssoftware und technischen Support finanziert. Außerdem braucht es eine klare Vereinbarung darüber, welche Anwendungen erlaubt sind, was bei Verlust geschieht und dass die Nutzung außerhalb der Arbeitszeit nicht erwartet wird.

Person B: Ja, die Trennung von Arbeit und Freizeit ist ein wichtiges Argument. Wenn berufliche Nachrichten auf dem privaten Telefon erscheinen, entsteht leicht der Eindruck, man müsse abends reagieren. Eine Abschaltmöglichkeit sollte deshalb verbindlich vorgesehen sein.

Person A: Dann lautet unsere gemeinsame Empfehlung: Firmengeräte bleiben der Standard; die Nutzung privater Geräte ist eine freiwillige, klar begrenzte Zusatzoption. Als Hauptargumente nennen wir Datenschutz und IT-Sicherheit, die Gleichbehandlung aller Beschäftigten, die Kostenübernahme durch das Unternehmen und das Recht, außerhalb der Arbeitszeit nicht erreichbar zu sein.

Person B: Einverstanden. Wir können zugleich erwähnen, dass das Wahlmodell praktische Vorteile erhält, weil Beschäftigte auf Wunsch mit vertrauter Technik arbeiten können. So schlagen wir weder ein vollständiges Verbot noch eine Verpflichtung vor, sondern eine kontrollierte und faire Lösung.

Sagen Sie, was Sie von der Nutzung privater Geräte für berufliche Aufgaben halten.: Ich halte es für problematisch, private Geräte zur normalen Voraussetzung für berufliche Aufgaben zu machen. Als freiwillige Ergänzung kann ich mir ihre Nutzung jedoch vorstellen.

Begründen Sie Ihre Haltung und gehen Sie dabei auf konkrete Vor- und Nachteile ein.: Ein Vorteil ist zweifellos die Bequemlichkeit. Man muss nicht zwei Telefone mitnehmen und kann unterwegs rasch auf eine Nachricht reagieren. Das kann besonders bei Dienstreisen praktisch sein. Andererseits befinden sich dann private Fotos, persönliche Kontakte und Unternehmensdaten auf demselben Gerät.

Beschreiben Sie die Situation in Ihrem Heimatland oder einem anderen Land.: Das erinnert mich an die Situation in meinem Herkunftsland. Dort hängt die Praxis stark vom jeweiligen Arbeitgeber ab. In dem Betrieb, in dem ich früher gearbeitet habe, stellte die Firma Laptops bereit, erlaubte aber den freiwilligen Zugriff auf den Kalender über private Smartphones.

Einigen Sie sich auf eine gemeinsame Empfehlung und auf die wichtigsten Argumente für das Gespräch mit der Abteilungsleitung.: Dann lautet unsere gemeinsame Empfehlung: Firmengeräte bleiben der Standard; die Nutzung privater Geräte ist eine freiwillige, klar begrenzte Zusatzoption. Als Hauptargumente nennen wir Datenschutz und IT-Sicherheit, die Gleichbehandlung aller Beschäftigten, die Kostenübernahme durch das Unternehmen und das Recht, außerhalb der Arbeitszeit nicht erreichbar zu sein.

Aufgabenerfüllung: The discussion realizes all required functions: opinion, reasoned advantages and disadvantages, a country comparison, and a negotiated recommendation.

Interaktion: The wording models responsive turn-taking, uptake of the partner's ideas and a negotiated conclusion. Whether the exchange was genuinely spontaneous and appropriately timed cannot be established from a transcript.

Register und soziokulturelle Angemessenheit: The register is professional, cooperative and suitable for colleagues preparing advice for management.

Wortschatz: The discussion uses precise and varied workplace and technology vocabulary.

Strukturen: The transcript contains a broad and controlled range of structures for conditions, concessions, consequences and indirect questions.

Aussprache: Pronunciation, sentence melody, word stress and the audible fluency of both participants cannot be judged from a written transcript.

Assessment targets

Aufgabe 2 · S2.30: Agree with the partner on a joint decision

Aufgabe 2 · S2.39: Argue for a position with reasons or examples

Aufgabe 2 · S2.36: Describe the situation in your home country or another country

Aufgabe 2 · S2.41: State your own opinion on the topic

Official reference

pdfs/sources/C1/c1-modular_modellsatz.pdf · pages 25, 26, 27, 28, 45, 46